Erste Ausgabe.

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Bezugs-Preis für Halle u. Giebichenstein 2,50 ℳ, durch die Post bezogen 3 ℳ für das Vierteljahr. Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 5 Uhr. Fernsprechverbindung mit Berlin u. Leipzig. Anschluß Nr. 158.

Anzeige-Gebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Sämmtliche für die Hallische Zeitung aufgegebenen Anzeigen werden im „Hallischen Intercentblatt" unentgeltlich abgedruckt. Reclamen am Schluß des redactionellen Theils die Zeile 40 Pf.

Nummer 105. Halle, Donnerstag 5. Mai 1892. 184. Jahrgang.

Politische und vermischte Nachrichten.

* Der **Kaiser** wohnte gestern Morgen den Truppenübungen auf dem Bornstedter Felde bei Potsdam bei und arbeitete nach der Rückkehr ins Neue Palais mit dem Chef des Civil- sowie später dem Chef des Marinekabinets.

* Der Stadtrath von **Elberfeld** beschloß auf Antrag der Finanzkommission im Prinzip die Einführung einer Biersteuer zur Erleichterung der kommunalen Lasten.

* Die Kreuzerkorvette **„Arcona"** ist zum Antritt einer mehrjährigen Reise in See gegangen. Prinz Heinrich war bei der Abfahrt zugegen.

* **Die dänische Presse** Nordschleswigs und die in dänischem Verlag erscheinenden Blätter mit deutschem Text greifen das am 1. Juni 1892 erscheinende „Freie Tageblatt für Schleswig-Holstein" fortgesetzt heftig an, wohl hauptsächlich deshalb, weil sie eine gleichzeitig dänisch und deutsch redigirte, deutschgesinnte Zeitung zu fürchten haben. Die wirklich deutschen Zeitungen stehen dem neuen Unternehmen sympathisch gegenüber.

* Das Reichs-Versicherungsamt hat kürzlich an die Vorstände der gewerblichen Berufsgenossenschaften zwei Rundschreiben gerichtet, in deren einem über die Gestaltung und Verwerthung der Unfallverzeichnisse für **die Gefahrentarife** und in dem anderen über die Behandlung der Nebenbetriebe in den Gefahrentarifen Fingerzeige gegeben werden.

* Die Mittheilung, nach der der Mehrbedarf des Reiches ausschließlich durch die eigenen Einnahmen des Reiches gedeckt werden soll, hat der längst verbreiteten Annahme Raum gegeben, daß die nächste Reichstagstagung **neue Reichssteuervorlagen** bringen werde. Die neue Militärvorlage wird eine Mehrbelastung des Reiches um etwa 60 Millionen Mark jährlich erfordern. So wenigstens wird in militärischen Kreisen angenommen.

* Der preußische **Landtag** wird, wie die nat.-lib. Correspondenz hört, voraussichtlich zu seiner nächsten Session bereits im November einberufen werden, annähernd gleichzeitig mit dem Reichstag und zwar hauptsächlich wegen der Fortführung der Steuerreform. Die citirte Correspondenz meint: daß schwierige grundlegende Gesetze neben dem Etat und dem sonstigen stets vorhandenen Material in einer erst Mitte Januar zusammentretenden Session wenig Aussicht haben, zur Erledigung zu gelangen. Auch mit dem Volksschulgesetz hätte man, selbst wenn die Sache nicht diesen kritischen Verlauf genommen hätte, voraussichtlich dieselbe Erfahrung gemacht. Diejenige Landtagssession, welche mit dem Einkommensteuergesetz und der Landgemeindeordnung als die ergebnißreichste seit langer Zeit dasteht, begann ebenfalls im November (1890). Allerdings macht die gesetzgeberische Vorbereitung der beabsichtigten Ueberweisungen an die Communalverbände nicht geringe Schwierigkeiten, deren Ueberwindung die äußerste Anstrengung der betheiligten Ministerien erfordert. Indessen hofft man doch, auch mit diesen Schwierigkeiten bis zum Spätherbst fertig zu werden.

* Der Bericht der Wahlprüfungscommission des Abgeordnetenhauses über die Wahl des Abg. **Grimm**-Frankfurt a. M. ist jetzt erschienen und wird in nächster Zeit auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden. Die Commission beantragte bekanntlich Ungültigerklärung der Wahl. Es ist noch zweifelhaft, ob das Plenum den Antrag der Commission gutheißen wird.

* **Die Kommission zur Vorberathung des Gesetz-Entwurfs, betr. das Diensteinkommen der Lehrer** an den öffentlichen höheren Lehranstalten, besteht aus den Abgg. Althaus, Bode, Eberhard, v. Kölichen, Dr. Kropatschek (Vorsitzender), Lamprecht, Frhr. von Lyncker, Arendt, von Bülow, Lückhoff, Dr. Dürre, Schaffner, v. Schenckendorff, Seyffardt (Magdeburg), Cahensly (Schriftführer), Dr. Lieber (Stellvertreter des Vorsitzenden), Nadbyl, Theissing, Wenders, Lange, Dr. Meyer (Berlin).

* **Die Stolgebührenkommission** berieh gestern den vom Centrum beantragten neuen Artikel 5, nach dem das Gesetz nur in Kraft treten soll gleichzeitig mit dem für die Provinz Hannover und Hessen-Nassau, sowie für die katholische Kirche zu erlassenden gleichartigen Gesetz. Hierzu hatte der Abg. Simon v. Zastrow die Erklärung beantragt: „bei Annahme dieses Gesetzentwurfs die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung entsprechende Gesetzentwürfe über die Ablösung der Stolgebühren auch für die übrigen evangelischen Landeskirchen der Monarchie und für die katholische Kirche vorlegen wird, sobald darüber die erforderliche Verständigung mit den zuständigen kirchlichen Organen erzielt ist". Der Vertreter der Regierung erklärte den Antrag des Centrums für unannehmbar, stimmte aber der Erklärung des Abg. Simon v. Zastrow zu. Wegen der Provinz Hannover stehe sogar noch in dieser Tagung eine Gesetzesvorlage in Aussicht. In Folge dessen wurde der Antrag des Centrums mit 19 gegen 4 Stimmen abgelehnt; der Gesetzentwurf selbst wurde hierauf genehmigt.

* Ein **Verein der evangelischen Geistlichen** für die Provinz Posen ist in **Posen** gegründet worden behufs gemeinsamer zielbewußter Arbeit auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens.

* Prinz **Albrecht von Preußen** wird sich in seiner Eigenschaft als Herrenmeister des Johanniter-Ordens am 16. d. M. nach Heiligenstadt begeben, wo an diesem Tage das daselbst von der sächsischen Provinzial-Genossenschaft des Johanniter-Ordens erbaute Krankenhaus eingeweiht werden soll.

* Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: In den Kreisen der **höheren Lehrer an staatlichen Anstalten** sind Zweifel entstanden, ob das ihnen nach dem Normaletat zustehende Gehalt bereits vom Beginn des laufenden Etatsjahres, also vom 1. April an, zu Gute komme. Diese Zweifel sind, wie wir hören, unbegründet. Eine die Ordnung dieser Angelegenheit betreffende Verfügung wird zur gegebenen Zeit erscheinen.

* Der Reichsanzeiger veröffentlicht das **Gesetz**, betreffend die Kosten Königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden. Vom 20. April 1892, und das Gesetz, betreffend die Entschädigung für die an Milzbrand gefallenen Thiere. Vom 22. April 1892.

---

* Wenn in einzelnen Preßorganen von einem unmittelbaren Zusammenhange zwischen den vom Reichskanzler in der letzten Reichstagssession angedeuteten militärischen Plänen und der von dem **Finanzminister geplanten Steuerreform** die Rede ist, so entbehrt eine solche Auffassung mindestens insoweit jeder thatsächlichen Begründung, als damit angedeutet werden soll, die Steuerreform sei dazu bestimmt, Deckung für etwaige Mehrausgaben für Heereszwecke zu liefern. Denn der Grundgedanke der Steuerreform ist bekanntlich die gerechtere Vertheilung der direkten Steuern in Preußen ohne jede Erhöhung des Gesammtbetrages der direkten Steuern. Vielmehr würde, auch wenn der Plan der Einführung einer Vermögenssteuer in Höhe von 35—40 Millionen zur Durchführung kommt, das Gesammtaufkommen an direkten Staatssteuern hinter dem jetzigen Betrage nicht unbeträchtlich zurückbleiben, weil ein Theil des Einnahmeausfalls in Folge des Verzichts auf die Weitererhebung der Ertragssteuern zur Staatskasse durch Einziehung der Ueberweisungen aus der lex Huene gedeckt werden soll. Wie bei dem Steuerreformplane die Gewinnung von Mitteln zur Deckung des preußischen Staatshaushalts ganz ausgeschlossen ist, so nahe das Vorhandensein dringender Ausgabebedürfnisse und der Rückgang der Eisenbahneinnahmen die Nutzbarmachung der Steuerreform für die preußische Staatskasse auch legen, so kann und wird die Steuerreform auch keine Mittel zur Deckung erhöhter finanzieller Bedürfnisse im Reiche liefern. Sie beruht im Gegentheil mit auf der Voraussetzung, daß das finanzielle Verhältniß zwischen dem Reich und Preußen im Wesentlichen stabil bleibt und daß demnach das Reich selbst für die Beschaffung der Deckungsmittel für etwaige Mehrausgaben sorgt.

---

* Der **elsaß-lothringische Kriegerbund** hat für 1891 seinen ersten Jahresbericht erstattet. Er umfaßt die gesammten Kriegervereine in dem Territorium des Reichslandes und hat die vom Deutschen Kriegerbunde vorgenommene Gliederung derselben nach vier Bezirken Oberelsaß, Unterelsaß, Lothringen und Saar-Wasgau beibehalten. Die Gründung des Verbandes erfolgte durch die am 14. Dezember 1890 erzielte Einigung der genannten vier Bezirke, so daß seitdem das gesammte Kriegervereinswesen des Landes mit selbstständiger Spitze in Straßburg vereinigt ist. Am 2. März 1891 kam eine Vereinbarung des Landesverbandes mit dem Vorstand des Deutschen Kriegerbundes zu Stande, durch welche ersterer von dem Bundesvorstande anerkannt wurde. Auf eine seitens des Landesverbandes an den kaiserlichen Statthalter gerichtete Bitte hat derselbe das Protektorat über den Verband an: 2. Juni 1891 übernommen. Zu Ehrenmitgliedern des Verbandes sind die kommandirenden Generale des 15. und 16. Armeekorps, sowie Unter-Staatssekretär von Költer ernannt worden. Als erster Vorsitzender fungirt Generalmajor z. D. Freiherr Röder von Diersburg. Was die Stärke des Verbandes anbelangt, so bestanden am Ende des Jahres 1891 im Reichslande 133 Vereine mit 14626 Mitgliedern, darunter 7256 Elsaß-Lothringer, 7390 Altdeutsche. Bezüglich der finanziellen Verhältnisse des Verbandes ist zu erwähnen, daß seitens der Landesregierung im Jahre 1891 der Verbandskasse 5516,66 ℳ überwiesen wurden. Die Gesammteinnahmen beliefen sich auf 8364,98 ℳ, die Ausgaben auf 2508,79 ℳ, so daß am Ende des Geschäftsjahres ein Bestand von 5856,19 ℳ vorhanden war. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben die zum Zweck der Ausschmückung der Kriegergräber in Elsaß-Lothringen gemachten Aufwendungen. Von wie großer Bedeutung die durch die Unterstützungskassen und ebenso auch durch die Sterbekassen der einzelnen Kriegervereine in Elsaß-Lothringen entfaltete Thätigkeit ist, kann man daraus ermessen, daß von denselben 20656 ℳ im vergangenen Jahre zur Unterstützung an die Kameraden abgegeben worden sind. Von größeren Plänen, deren Ausführung der Verband zunächst ins Auge gefaßt zu haben scheint, sind die Verleihung der Korporationsrechte und die Errichtung eines Invaliden- und Waisenhauses in Elsaß-Lothringen zu erwähnen. Das Bild, welches man aus dem Jahresberichte gewinnt, läßt deutlich erkennen, daß nach allen Richtungen fleißig gearbeitet worden, und daß diese Arbeit nicht ohne Erfolg geblieben ist. Man kann daher nur wünschen, daß die weitere Entwickelung und Ausbildung des Landesverbandes im Interesse der von ihm geflegten patriotischen Bestrebungen mit dem nämlichen Erfolge weiterarbeite.

---

* Der soeben erschienene Bericht der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses über den **Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes**, ist von erheblichem Interesse. Es stellte sich heraus, daß in vielen Fällen die Ausführung der vom Landtage genehmigten Bauten der Eisenbahnverwaltung bedeutend größeren Kostenaufwand erfordert, als angenommen worden. Diese Erscheinung ist zum großen Theil der in den letzten drei Jahren hervorgetretenen Steigerung der Preise für Eisenbahnmaterialien (namentlich für Eisen und Holz), sowie der Löhne zuzuschreiben, ferner der Steigerung der Bodenpreise und unvorhergesehenen Terrainschwierigkeiten oder Aenderungen des ursprünglichen Bauplanes. Die Commission mußte anerkennen, daß Creditüberschreitungen aus diesen Gründen nicht immer zu vermeiden seien. Als ein Fortschritt im Interesse der Ordnung der Landesfinanzen war es zu begrüßen, daß der Eisenbahnminister sich

---

Nachdruck verboten.

Erinnerungen an den großen Brand von Hamburg.

(5. bis 8. Mai 1842.)

Von **O. Behrend** (Berlin).

Seit den Schreckenstagen von Lissabon und Moskau war keine europäische Großstadt mehr in so harter Weise heimgesucht worden, wie Hamburg durch den verheerenden Brand, der in den Tagen vom 5. bis 8. Mai 1842 fast den dritten Theil der Stadt in Asche legte. Zur Erinnerung an jene, vor einem halben Jahrhundert erfolgte und noch unvergessene schwere Heimsuchung werden daher in Hamburg größere Feierlichkeiten stattfinden, aber auch für weitere Kreise dürfte aus diesem Anlaß eine etwas eingehendere Schilderung jener Katastrophe gewiß nicht ohne Interesse sein.

Der Mai jenes Jahres war einmal ein richtiger Wonnemond und bereits zu Anfang desselben standen die Obstbäume in vollster Blüthenpracht.

„Es war gerade schönes Wetter,
Und kein Mensch dacht nicht an Brand,
Da auf einmal schrie man Zeter,
Denn es brannte fürchterlich,

heißt es in einem kurz nach dem Brande erschienenen Bänkelsängerliede, welches das Unglück besingt, das in der Morgenfrühe des Himmelfahrtstages (5. Mai) über die ahnungslose Stadt hereinbrach. Bald nach 1 Uhr erschollen plötzlich die Feuersignale und weckten die Bewohner jäh aus ihrem Schlummer.

In einer Cigarrenfabrik — hieß es — sei ein Brand ausgebrochen, allein da die Löschanstalten der Stadt wohl organisirt waren und noch stets ausgereicht hatten, so ließ man sich durch jene Meldung nicht beunruhigen. Gar bald aber sollte sich bereits zeigen, daß die vorhandenen Hilfsmittel nicht entfernt ausreichten, das entfesselte Element zu bekämpfen, welches mit rasender Wuth und beängstigender Schnelligkeit um sich griff.

Ohne Zweifel wäre es nicht zu einer Katastrophe gekommen, hätten nicht besondere Umstände die rapide Ausbreitung des Brandes begünstigt.

Zunächst wehte ein heftiger Wind, dann hatte die schon längere Zeit anhaltende Trockenheit alles Holzwerk in hohem Grade für das Feuer empfänglich gemacht und endlich war bei dem Ausbruche des Brandes gerade Ebbe und somit nur wenig Wasser in den die Stadt durchziehenden Fleeten.

Die Gefahr steigerte sich, als die Flammen mehrere große Speicher ergriffen, in denen sich namentlich sehr bedeutende Vorräthe von Spirituosen und Oel befanden. Wohl schlug man die Fässer alsbald auf und ließ einen großen Theil jener gefährlichen Flüssigkeiten in die Fleete laufen, machte damit das Uebel aber nur noch schlimmer. In den Kanälen entzündete sich ein Theil desselben, während der andere mit dem Wasser in die Spritzen gefüllt wurde, sodaß man im eigentlichen Sinne des Wortes Oel ins Feuer goß.

Als der Morgen hereindämmerte, lag die Gefahr, welche die ganze Stadt bedrohte, bereits klar vor Aller Augen. Wohl trafen eilends jetzt auch Spritzen aus den umliegenden Ortschaften ein, allein gegen 10 Uhr Vormittags lagen bereits 27, um Mittag mehr denn 50 Häuser als qualmende Trümmerstätten da. Der Südwestwind steigerte sich jetzt zum Sturm und die Flammen ergriffen trotz aller Rettungsversuche die erwürdige Nicolaikirche auf dem Hopfenmarkte, eine der fünf Hauptkirchen. Um 3 Uhr Nachmittags brach die Lohe aus der Kuppel des 133 Meter hohen Thurmes hervor, und man sah viele Leute weinen, als die furchtbare Hitze das schöne Glockenspiel drin in Bewegung setzte, daß es von selbst zu klingen begann. Das wehmüthige Spiel der Töne hielt an, bis die Glocken schmolzen. Um 5 Uhr stürzte der Thurm in die Kirche herein, in die man eine Masse von Möbeln und anderen Gegenständen geschleppt hatte, die nun alle ein Raub der Flammen wurden.

Von der Nicolaikirche aus verbreitete sich der Brand wie im Fluge über die alte Börsenhalle nach der Bohnenstraße, dem Burstah und bis zur alten Börse, während gleichzeitig Furcht und Entsetzen sich der Bewohner in steigendem Grade bemächtigten. Man sah ja, daß es mit den verfügbaren Löschmitteln einfach unmöglich sei, dem Feuer ein Ziel zu setzen, — was also beginnen, um nicht die ganze blühende Stadt, die Griesheim im 18. Jahrhundert als ein Wunder der Stadtseligkeit gepriesen hatte, in Schutt und Asche sinken zu lassen?

Unter diesen Umständen begann man gegen Abend des 5. Mai damit, an geeignet erscheinenden Orten ganze Häuser durch gelegte Minen wegzusprengen oder sie durch Geschütze in Trümmer schießen zu lassen, aber die Flammen übersprangen die solcherart gelegten Lücken und fraßen die ganze Nacht hindurch mit gleicher Gier weiter. Außer einer großen Anzahl von Privathauten wurden in dieser Nacht auch die alte Börse und das ehrwürdige Rathhaus gesprengt, aus dem man zuvor die wichtigsten Dokumente gerettet hatte. Der Senat, der übrigens eine nicht genug zu rühmende Besonnenheit und Umsicht bewahrte, mußte seine Berathungen nach dem Stadthause auf dem neuen Walle verlegen.

Durch das Aufgeben des Rathhauses hatte man das erst 1825—26 erbaute neue Bankgebäude zu retten erhofft, doch wurde es noch in derselben Nacht vom Feuer verzehrt. Die Bankbücher hatte man glücklicherweise vorher in Sicherheit bringen können und die in Silberwaaren bestehenden Baargeldvorräthe der Bank waren dadurch gesichert, daß sie in feuerfesten Gewölben lagen, die man unter Wasser setzen konnte. Die neue Börse wurde der Blicken der wackeren Handelsherrn Theodor Dill und seine Mithelfer gerettet.

Ein trostloses Schauspiel bot sich den Blicken der unglücklichen Einwohner dar, als der Morgen des 6. Mai herandämmerte: überall Ruinen, flüchtende Menschen, umherliegende Hausgeräthe, dichte Wolken von Qualm und Rauch und weiterlohende Flammen, von denen trotz der heldenmüthigen Anstrengungen ein Haus nach dem anderen dahinsank.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920505 1-13/fragment/page=0001

bereit und dem Finanzminister gegenüber für gebunden erklärte, größere Eisenbahnbauten ohne ausdrückliche Zustimmung des Finanzministers und ohne vorherige Nachtragscreditbewilligungen nicht in Angriff zu nehmen, wenn sich nach genauer nachträglicher Einzelveranschlagung ergebe, daß die gesetzlich zur Verfügung stehenden Mittel zur Vollendung des Baues nicht ausreichen.

* Auf eine wegen Ausführung des Gesetzes vom 30. Januar d. J. in Beziehung auf **Mühlenlänger** vom Verbande deutscher Müller an den Reichskanzler gerichtete Eingabe hat der Letztere erwidert, daß er in dieser Angelegenheit mit dem preußischen Finanzminister ins Benehmen getreten sei. Der Finanzminister hat nunmehr die Provinzialsteuerbehörden angewiesen, in denjenigen Fällen, in welchen der Gesammtbestand der Mühlenlänger, also einschließlich des inländischen bezw. des nicht kontirten ausländischen Getreides, angemeldet worden ist, sowie in solchen Fällen, wo zwar eine Anmeldung des ausländischen Bestandes stattgefunden hat, aber die Richtigkeit der Anmeldung weder aus den Geschäfts- und Kontrollbüchern noch in sonst geeigneter Weise überzeugend hat dargethan werden können, die zu denen erwähnten Zollsatz zuzuschlagende Getreidemenge aus der gesammten am 1. Februar d. J. in unverarbeitetem Zustande oder in Form von vergütungsfähigen Mühlenfabrikaten vorhanden gewesene Getreidemenge nach dem Verhältniß zu berechnen, in welchem für jede Mühle das in der Zeit vom 1. Juli v. J. bis zum 31. Januar d. J. einschließlich kontirte zu dem in derselben Zeit überhaupt zum Mühlenlänger gebrachten Getreide steht. In den Fällen, wo die hiernach berechnete Getreidemenge die angemeldete Menge übersteigt, ist letztere den Abrechnungen zu Grunde zu legen.

Umschau in den Tagesblättern.

— Zur Frage der Vermögenssteuer äußert sich das „Konservative Wochenblatt" in nachstehender Weise:

„In unserer ohnehin schon allzuehr am Golde hängenden und nach dem Golde drängenden Zeit, in der die Jagd nach Erwerb, das rast- und ruhelose Werben und Schaffen Geist und Körper über Gebühr mitnimmt, sind stille Parks, friedliche Waldgänge oder der Kunst geweihte Stätten gleichsam Oasen in der Wüste, die Menschen verdursten und ermüdeten Wanderer Labung und Schatten spenden. Solche Oasen aber sollte man nicht zerstören oder schädigen, sondern thunlichst erhalten und mehren. Es sind ja auch nicht nur „Börsenfirsten", denen die Parks, die Gehege und dergleichen gehören und die von dem in ihnen erträglos angelegten Werth zu steuern hätten, sondern es giebt, gottlob, doch noch eine ganze Anzahl Träger alter, gut christlicher Namen, die diesen edelen Luxus sich gestatten, die es bisher als Ehrenpflicht erachteten, ihn zu pflegen, wie die Väter, die Vorfahren es gethan. Ob es rathsam wäre, diese Neigung bei ihnen zu mindern, und ob man durch eine Vermögenssteuer nicht gerade jenen internationalen Krösussen, bei denen die Tausende, ja die Hunderttausende keine Rolle mehr spielen, die Bahn freigäbe, ist wohl der Erwägung werth."

— Ein Artikel des „Pester Lloyd" plaidirt angesichts der bevorstehenden Ministerialberathungen in Oesterreich-Ungarn über das Kriegs- und Marinebudget aus ähnlichen Gesichtspunkten, wie jüngst die „Nordd. Allg. Ztg." für genügende Aufwendungen zur Erhaltung und Hebung der Wehrkraft Oesterreich-Ungarns. Das ungarische Blatt sagt u. A.:

„Die im vorliegenden Falle zur Berathung und Beschlußfassung berufenen Minister können und werden sich nicht lediglich als die Vertreter ihres Ressorts betrachten, sondern sie werden als Kronräthe auch die allgemeinen Staatsinteressen und die politische Situation Europas in Betracht ziehen. Sie werden sich hierbei gewiß in voller Uebereinstimmung mit allen denkenden, politisch reifen Kreisen der Bevölkerung finden, die von der Erkenntniß durchdrungen sind, daß die durch Jahrzehnte von einseitigen Doktrinären ausgeschrotete und von der großen Menge ziemlich kritiklos aufgenommene Lehre von den „unproduktiven" militärischen Auslagen durch die lebendige Entwickelung der Dinge selbst widerlegt wurde. Man verwirrte liche heute die Details der Gesellschaftsreform, welche alles Heil der Menschheit von der Abschaffung der stehenden Heere und der Kreirung der Milizsysteme erwarten, und es gewinnt über Nacht die soziale Frage eine Gefährlichkeit, die unabsehbare Folgen nach sich zöge. Die graue Theorie, welche den Militärauhwand als den Moloch hinstellt, der den Volkswohlstand verschlingt, ist durch die greifbaren Gestaltungen der Wirklichkeit widerlegt und überholt."

Der Pester Lloyd begründet nun aus den Verhältnissen der großen europäischen Mächte, England, Frankreich und Deutschland, seine Auffassung, wobei er in Bezug auf das Letztere sagt:

„Die privilegirten Doktoren der Staatenbeglückung und Völkerbeseligung haben schon 1850 dem preußischen Staate den bevorstehenden finanziellen Ruin verkündet, wenn nicht sofort die Bevölkerung von dem nicht mehr länger zu ertragenden Drucke des Militarismus befreit würde. Die Herren Kolb und Lasker würden sich mitsammt ihren Theorien sehr still bei Seite drücken, wenn sie heute sähen, wie ihre Weissagungen in Erfüllung gegangen. Der „Militarismus" hat ein unerhörtes wirthschaftliches Aufblühen der deutschen Lande nicht nur nicht gehindert, sondern unmittelbar gefördert, weil er durch seine vielfachen Bedürfnisse und technischen Erfordernisse auf zahlreiche Produktionszweige belebend eingewirkt, und weiter, weil er Deutschland eine politische Macht- und Weltstellung schuf, die der Ausbreitung der deutschen Verkehrs- und Handelsbeziehungen ganz direkt zu Gute kommt."

Der Schluß der Ausführungen des Pester Lloyd lautet:

„Und damit wären wir bei dem springenden Punkte unserer Erörterungen angelangt. Niemand in der Monarchie der Habsburger hat ein so vitales Interesse an der Machtstellung derselben und an deren fortgesetzter militärischer Stärkung, als wir Ungarn. Wollen wir uns als maßgebende Faktoren erhalten und als solche auch das Wirrsal früher oder später entreitender kritischer Zeiten überdauern, dann thut's die Liebe verschiedener Nationalitäten zu uns allein nicht; wir müssen auch durch unsere militärische Machtentfaltung nach innen und nach außen imponiren. Mit militärischen Organisationen und Einrichtungen aber, die an allen Ecken unzulänglich und an allen Enden rissig oder lückenhaft sind, imponiren wir Niemandem, sondern wir reizen nur die Unternehmungslust Fremder. Nur eine gebietende Machtstellung sichert uns die ruhige Entwickelung im Innern und den äußeren Frieden. Das wäre daher eine verhängnißvolle Finanzpolitik, welche der nothwendigen Entwickelung der — gehen wir uns keinen Illusionen hin! — in wesentlichen Dingen materiell zurückgebliebenen österreichisch-ungarischen Wehrmacht aus kleinlichen Ersparungsrücksichten die Mittel zur Vervollkommnung vorenthielte. Was wir der Armee in normalen Zeiten zur Erhöhung ihrer Schlagfertigkeit versagen, müßten wir in kritischen Zeiten um enorme Summen überhaupt herbeischaffen. Das ist nicht die Oekonomie einer weitsichtenden überlegenen Politik. Darum sind wir überzeugt, daß bei den demnächst beginnenden gemeinsamen Ministerberathungen den militärischen Rücksichten die volle Beachtung zugewendet werden wird".

Streiflichter.

— Im deutschen Reichsanzeiger vom 3./5. 92 Nr. 105 finden wir folgende Mittheilung:

„Die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft hat sich dem Magistrat gegenüber bereit erklärt, auf der im Laufe des Sommers neu zu erbauenden Pferdebahnstrecke vom Lützowplatz durch die Hohsäger-Allee bis zum Hauptplatz in Moabit versuchsweise den elektrischen Betrieb mittels Accumulatoren einzurichten. Die Gesellschaft ist auch ferner bereit, eine besondere Versuchslinie mit unterirdischer Stromzuführung zu erbauen und zu betreiben und hat zu diesem Zweck beim Magistrat die Genehmigung zum Bau einer Linie von der Reichenberger Straße bis Zoologischen Garten (Bahnhof Nürnbergerstraße) oder Schöneberg unter Benutzung der Ritter-, Junker-, Markgraben-, Zimmer-, Prinz Albrecht-, Dessauer- und Bernburgerstraße (Pferdemarkt), ferner der Kölner-, Fleischer-, Dennewitz- und Kurfürstenstraße mit Abzweigung von der Marktrabenstraße durch die Krausenstraße nach dem Dönhofsplatz und von der Dennewitzstraße durch die Luisen-, Großgörschenstraße nach dem Bahnhof der Gesellschaft in Schöneberg nachgesucht."

Man scheint also in Berlin die Gefahren, welche mit der oberirdischen Stromzuführung bei Straßenbahnen — wie in Halle — verbunden sind, grundsätzlich fernhalten zu wollen.

— Die Welfen unter sich! Wie wenig die Regelung der Welfenfondsfrage leider zur Versöhnung der wütschichten Welfen in Hannover beigetragen. Davon können sich die Leser der „Hallischen Zeitung" durch nachfolgende authentische Mittheilungen überzeugen. Am 30. April wurde nämlich in Hannover der Geburtstag der ehemaligen Königin Marie von dortiger Welfen-Partei festlichst begangen und bei dem unverweilichen Mahl äußerte u. a. Graf Bernstorff-Behnings Folgendes: „Als hannoversche Männer mußten wir gegen manche Aeußerungen, die bei den Verhandlungen über die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens unserer Fürstenhäuser im Parlament gefallen sind, Protest erheben. Es wird das Wort von einer „Versöhnung der Provinz Hannover" ausgesprochen. Vielleicht wollen einzelne sich gern „versöhnen" lassen, die früher den Anschluß verfehlt haben. Diese lassen wir gern ziehen, ohne ihnen eine Thräne nachzuweinen. Freilich können auch wir in gewisser Weise von einer versöhnenden Wirkung sprechen. Das rein menschliche Gefühl der Empörung und des Widerwillens wird durch Aufhebung der Beschlagnahme bestätigt, und als deutsche Männer müssen wir uns darüber freuen. Mit den sogenannten Welfenfondsgeldern hat Bismarck Reptilien geschaffen, und die Freude, daß dieser Krebsbestandes in unserem öffentlichen Leben beseitigt ist, muß uns alle erfüllen. Vor allem hat der Herzog von Cumberland zu diesem guten Ausgange beigetragen, indem er aussprach, daß er als deutscher Mann und Fürst das Wohl Deutschlands im Herzen trage. Wohl wird es dem Herzog nicht leicht geworden sein, die Feder zu seinem bekannten Schreiben anzusetzen. Wir müssen dem Herzog herzlich Dank wissen, daß er so entgegenkommend gewesen ist. Wie kann man aber ein vernünftiger Mensch wohl glauben, daß die seit 26 Jahren unentwegt kämpfende deutsch-hannoversche Partei nur einen Vermögensvortheil hat erringen wollen? In diesem Falle würde die Partei längst zu den Todten geworfen sein. Die Selbstständigkeit eines der edelsten und kräftigsten deutschen Stämme wurde 1866 widerrechtlich umgestürzt. Ein solches Opfer war nicht nöthig, um das Ganze zu retten. Eine solche Benachtheiligung unserer Fürstenhäuser betrachten wir als einen Eingriff in das Fürstenthum von Gottes Gnaden und in das Recht des Volkes. Ein solcher Rechtsbruch muß wieder gut gemacht werden, um Deutschlands innere Entwickelung sicher zu stellen. Als Christen haben wir uns der Obrigkeit zu fügen, die Gewalt über uns hat, aber als Hannoveraner wollen wir uns unsere Ueberzeugung nicht für ein Linsengericht abkaufen lassen. Schon Vieles, was höchst unerwartet war, hat Gottes Weisheit gefügt. Wer glaubte wohl am Jahresschluß 1889, daß der damals allmächtige Reichskanzler dahin nachher im Schmollwinkel saß und dank der Nachsicht seines königlichen Herrn einem Schicksal à la Arnim entging. Auch die so schnelle Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens unseres Fürstenhauses hat niemand erwartet". Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Herzog von Cumberland, welches brausenden Widerhall fand. — Kammerherr von Münchhausen-Bodilerg gab, indem er auf den ältesten Sohn des Herzogs von Cumberland toastete, der Hoffnung Ausdruck, den jungen Prinzen in nicht zu ferner Zeit „auf wohlgenährtem weißen Rosse den Einzug in seine Hauptstadt Hannover" halten zu sehen. Auch diese Worte wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

— Zur Valutaregulirung. Dem Pester Lloyd wird (4. Mai) aus Berlin über die Valutaregulirung gemeldet: Der Vertreter der Rothschild-Kreditanstaltsgruppe, namentlich die Repräsentanten der Wiener und Berliner Kontrolen, von Hansemann, Landau, Manthner, event. Herr von Bleichröder, treffen bereits heute Mittag in Pest ein und würden sofort in eine Konferenz mit dem Finanzminister Dr. Wekerle eintreten. Die Verhandlungen dürften bis Freitag währen; in denselben würden die Details der Operation formulirt werden. Die Konversion sämmtlicher ungarischen 5 proz. Staatstitres werde einerseits den Standard der staatlichen Rente auf 4 Prozent setzen, andererseits aber so bedeutende Ersparnisse an Zinsenerfordernissen bringen, daß dadurch die Kosten der Beschaffung von beiläufig 60 Millionen Goldgulden vollständig gedeckt würden. Der ungarische Finanzminister könne mit diesem Betrage und den großen Kassenbeständen, welche in Papier und Gold mehr als 80 Millionen Gulden ausmachen, die Regulirung der Valuta durchführen.

— Magnetische Störungen. Nachdem im April der Magnetismus der Erde sich größtentheils durch eine besondere Regelmäßigkeit der täglichen Schwankungen ausgezeichnet hatte, haben die letzten Tage jenes Monats wieder lebhafte magnetische Störungen gebracht. Vom 25. April, Nachmittags 6 Uhr an zeigten (wie der „Reichsanz." mittheilt) die photographisch registrirten Kurven ziemlich beträchtliche Schwankungen der Magnetnadeln, die auch den 26. hindurch andauerten. Besonders lebhaft waren diese am 26. Vormittags, doch erreichten die Ausschläge nicht die Größe der Störung vom 13. Februar d. J., sondern blieben bei der am Faden aufgehängten Deklinationsnadel etwa innerhalb eines Grades. Die vorerwähnten stürmenfreien Tage des April zeigen sich besonders dazu, den regelmäßigen täglichen Gang der erdmagnetischen Elemente abzuleiten, den man anderfalls nur aus einer längeren Beobachtungsreihe, in der die Störungen im Betrage verschwinden oder sich aufheben, erhält. So ergiebt sich aus den nunmehr volle zwei Jahre umfassenden Beobachtungen zu Potsdam, daß eine frei aufgehängte Deklinationsnadel eine tägliche Schwankung von im Mittel sieben Bogenminuten ausführt, welcher Betrag aber bekanntlich von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr Aenderungen unterworfen ist. Die Größe der magnetischen Deklination betrug im Jahre 1890 zu Potsdam 10° 54', im Jahre 1891 dagegen 10° 47'. Um diesen Betrag von etwa 10½° ist also eine Kompaßnadel im mittleren Deutschland nach Westen gerichtet, wenn wir von der wahren Nordrichtung aus rechnen. Diese Abweichung verringert sich in jedem Jahre um etwa ein Zehntel Grad, sodaß in etwa siebzig Jahren magnetische und wahre Nordrichtung in Deutschland zusammenfallen werden. Gleichzeitig mit harken magnetischen Stürmungen, die in einem großen Theil Europas beobachtet wurden, haben sich in der Nacht vom 25. zum 26. April Nordlichter gezeigt. In Osterath im Kreise Kreseld sah man gegen Mitternacht, als sich die Regenwolken verzogen hatten, den nördlichen Himmel von einer blassen Helligkeit überzogen, aus der verschiedene matte Strahlen 25 bis 30 Fuß hoch emporschossen. Zu Uecke, in der Nähe von Brüssel, erblickte man um dieselbe Zeit helle Lichtstrahlen, die sich vom Horizont gegen den Scheitelpunkt erhoben und die Sternbilder des Fuhrmanns und der Cassiopeia durchliefen. Auf dem dortigen Observatorium zeigte sich die magnetische Störung um 6 Uhr Abends und erreichte ihre größte Stärke zwischen 10 und 1 Uhr Nachts. In London, Oxford und Cambridge hat sich in derselben Nacht ein Nordlicht gezeigt. Die Erscheinung war so brillant, wie sie in dieser Gegend seit Oktober 1882 nicht beobachtet worden ist.

Aus dem albanesischen Wetterwinkel liegen Nachrichten über Unruhen vor, die diesmal ernsterer Natur zu sein scheinen, denn in Gusinje ist es der Bevölkerung gelungen, den dortigen Kaimakam zu vertreiben, und sollen auch in Ipek Unruhen vorgekommen sein. Da die Meldungen das Datum Cetinje tragen, also aus montenegrinischer Quelle stammen, so werden sie allerdings mit einiger Vorsicht aufzunehmen sein, denn man scheint dort seit einiger Zeit ein Interesse daran zu haben, ungünstige Nachrichten über die Lage in Albanien in die Welt zu setzen. Gusinje und Ipek sind indessen jene Punkte, wo es nach jedesmal, wenn es in Albanien zu Unruhen kam, zuerst losging. Unter allen Umständen zeigt es sich, daß man türkischerseits den Erfolg der für jene Gegenden bestellten Berhängungs-Kommission zu voreilig als einen vollständigen dargestellt hatte, und es fragt sich, ob die Pforte gut daran that, sich bezüglich der Niederhaltung der unruhigen Elemente an der türkisch-montenegrinischen Grenze auf ein Zusammenwirken mit Montenegro einzulassen. Nachdem dies aber einmal geschehen ist, läge es im türkischen Interesse, alles aufzubieten, damit die Ruhe wirklich hergestellt werde. Dies ist um so nöthiger, als der Umstand, daß man sich montenegrinischerseits bereit z. die Nachrichten über die Aufstörungen zu verbreiten, die Neigung Montenegros verräth, sich als Retter aufzuspielen, während manches, was in letzter Zeit in jenem Winkel vorkam, vermuthen läßt, daß die Schuld in manchen Händeln die Montenegriner treffe.

Aus dem Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(56. Sitzung vom 4. Mai, Vorm. 11 Uhr.)

Am Ministertische: Graf Eulenburg, von Boetticher, Miquel, von Berlepsch und Kommissarien.

In dritter Berathung erledigt das Haus zunächst den Nachtragsetat für 1892—95 (betr. das Gehalt des Ministerpräsidenten) ohne Debatte und setzt dann die zweite Berathung des Gesetzes-Entwurfs betr. die Abänderung einzelner Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 fort, und zwar wird zunächst § 80E (entsprechend § 134E der Gewerbe-Ordnung), wonach die Arbeitsordnung für beide Theile rechtsverbindlich ist, ohne Debatte angenommen.

Nach § 80F soll die Arbeits-Ordnung den auf dem betr. Bergwerke beschäftigten großjährigen Arbeitern, und wo ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, diesem zur Aeußerung vorgelegt werden.

Auf Anregung des Abg. Grimm-Wiesbaden (natlib.) erklärt

Minister von Berlepsch: Soweit nicht ein Krankenkassenvorstand gehört werden könne, würde gegebenen Falles der Besitzer von dem Erlaß einer Arbeitsordnung entbunden werden.

§ 80F wird genehmigt, ebenso die ebenfalls die Arbeitsordnung betreffenden §§ 80G und 80J.

Nach § 80K der Vorlage sind die Bergwerksbesitzer verpflichtet, bei der Lohnberechnung auf Grund abgeschlossener Gedinge folgende Vorschriften zu beobachten: 1) Bei Berechnung nach Zahl und Rauminhalt der Fördergefäße sollen auf einer und derselben Grube der Grubenabtheilung nur Fördergefäße gleichen Rauminhalts benutzt werden; der Rauminhalt muß vor Beginn des Gebrauchs festgestellt werden und an dem Gefäß dauernd deutlich ersichtlich gemacht werden. 2) Bei Berechnung nach Gewicht muß das Leergewicht jedes einzelnen Gefäßes vor Beginn des Gebrauchs, sowie nach jeder Reparatur festgestellt werden. Wenn nicht jedes einzelne Gefäß gewogen wird, dürfen nur Fördergefäße gleicher Form und gleichen Rauminhaltes verwendet werden. 3) Aus betriebstechnischen Gründen können Ausnahmen von der Vorgeschriebenen gestattet werden. Für Schwundabgänge, Halden und sonstige Verluste soll den Arbeitern kein Abzug gewacht werden dürfen.

Die Kommission beantragt in Nummer 1 nur zu bestimmen, daß bei Berechnung nach Zahl und Rauminhalt der Rauminhalt der Fördergefäße dauernd und deutlich ersichtlich gemacht werden soll und in Nummer 2, daß das Leergewicht der Fördergefäße alljährlich festgestellt wird, ferner die Nummer 3, betr. die Zulassung von Ausnahmen, an den Schluß des § 80K zu setzen.

Die Abgg. Hitze und Gen. beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die Abgg. Stötzel, Hitze (C.), Ritter (ff.), Meyer-Berlin, Eberty (dfr.), Hammacher, Schmieding (nl.), von Bockelberg (kons.) und Cremer-Teltow sowie Minister v. Berlepsch und Ministerialdirektor Oberbergbauptmann Freund betheiligten, wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Hitze mit 179 gegen 99 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmen Nationalliberale, Freikonservative mit Ausnahme der Abgg. v. Hammerstein und Freiherr von Stumm.

§ 80K wird nach den Anträgen der Kommission genehmigt.

Die §§ 81, 82, 83, 83a und 84, welche die Kündigungsfrist u. s. w. betreffen, werden ohne Debatte genehmigt.

Nach § 85 sollen die Bergwerksbesitzer großjährige Arbeiter, von denen sie wissen, daß sie früher schon im Bergbau beschäftigt gewesen sind, nicht annehmen ohne Zeugniß des früheren Arbeitgebers bezw. der Polizeibehörde.

Die Abgg. Hitze und Genossen beantragen, daß Bergwerksbesitzer zu Arbeiten, welche Leben und Gesundheit der Mitarbeiter gefährden können, nur solche Arbeiter heranziehen dürfen, welche den Nachweis der Befähigung dazu erbracht haben. In Steinkohlenbergwerken sollen als Wölhauer nur Bergarbeiter beschäftigt werden, welche eine dreijährige Lehrzeit hinter sich haben. Die näheren Vorschriften soll das Oberbergamt erlassen.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Hitze erklärt

Minister von Berlepsch, der Antrag sei vollständig berechtigt, aber aber er wolle das Haus trotzdem nicht bitten, denselben anzunehmen. Seine Berechtigung liege in der Gefahr, welche der Bergbau mit sich bringe und darin, daß bei steigender Conjunktur die Zahl der Bergarbeiter erheblich vermehrt werden müsse. Deshalb wäre es wünschenswerth, wenn unter Tage nur gelernte Bergarbeiter zugelassen würden. Aber die Möglichkeit der Ausführung einer solchen Maßregel habe sich nicht herausgestellt. Jedenfalls bedürfe die Sache einer eingehenden Erwägung, und ehe diese nicht abgeschlossen sei, solle man einen Antrag wie den vorliegenden nicht annehmen. Die Sache brauche nicht durch Gesetz geregelt zu werden, wie ja auch der Antrag selbst die Hauptarbeit den Oberbergämtern überlassen wolle.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Popelius und Engels (frkons.), Graf von Limburg-Stirum, von Cuffa (kons.), Bachem, Jerusalem und Stöbel (Centr.), Hammacher und Schmieding (natlib.), aus welchen hervorgeht, daß die Nationalliberalen und Konservativen sowie der Minister dem Befähigungsnachweis günstig gestimmt sind, die Annahme des Antrages aber nicht für zweckmäßig gehalten wird, und nachdem der Abg. v. d. Reck die Rückverweisung an die Kommission beantragt hat, wird die Diskussion geschlossen.

Die Zurückverweisung wird abgelehnt. § 85 wird darauf unter Ablehnung des Antrags Hitze (für den neben dem Centrum auch einige Konservative stimmen) nach dem Antrage der Kommission angenommen.

Darauf wird die weitere Berathung bis Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Eine Minister-Anklage in Oesterreich-Ungarn.

Der in Oesterreich bisher unerhörte Versuch einer Minister-Anklage, den die Jungczechen gegen den Justizminister unternommen haben, gelangte in der gestrigen Abgeordnetenhaus-Sitzung zur Verhandlung. Nicht nur der Sitzungssaal, sondern auch die Gallerien waren dicht gefüllt. Die Ministerbank war voll besetzt. Von den Diplomaten wohnten die Gemahlin des Justizministers, die Gemahlin des Kriegsministers und einige andere Damen des hohen Adels der Verhandlung bei. Der Jungczeche Tilschers als Antragsteller begründete in zwar wenig erregter, dafür aber ebenso langweiliger Rede den Anklageantrag: er wurde nur einmal zur Ordnung gerufen, als er die Regierung „corrupt" nannte. Tilschers Rede fand selbst bei seinen Parteigenossen nur spärlichen Beifall. Nach ihm begründete Plener einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, indem er das Vorgehen des Justizministers für vollkommen gesetzlich erklärte. Im Uebrigen tadelte er das Vorgehen der Jungczechen, welche das äußerste parlamentarische Kampfmittel der Ministeranklage, ohne gereizt zu sein, anwenden möchten. Denselben Gedanken sprach der Justizminister aus, der seinen politischen Ruf und seinen lauteren Charakter als zu hochstehend bezeichnete, als daß sie zu einem politischen Manöver mißbraucht werden sollten, worauf eigentlich der ganze jungczechische Antrag hinausfaute. Graf Schönborn wies dann nach, daß die Wekerlesche Verfügung sich auf ein früheres Gutachten des höchsten Landtages stütze, ließ jedoch die Frage offen, ob die Regierung auch ohne Zustimmung des Landtages weiter in der Bezirksabgrenzung vorgehen werde. Diese Lücke in Schönborns sonst wirkungsvoller und beifällig aufgenommener Rede verstimmte bei der deutschen Linken. Plener will nochmals auf diese vom Minister offengelassene Frage zurückkommen. Es scheint

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920505 1-13/fragment/page=0002

jedoch, daß Schönborn im Einverständnisse mit dem böhmischen Sendalabel dieser Frage auswich, Namens dessen Graf Deym dem Wienerischen Antrage mit der Begründung zustimmte, daß die Wecklesbortier Verordnung im guten Glauben auf die Gültigkeit des früheren Landtagsgutachtens erlassen wurde, der Thatbestand einer vorsätzlichen Verfassungsverletzung also nicht vorhanden sei. Den Schluß der gestrigen Verhandlung bildete die Rede des Altczechen Zucker, der für Zuweisung des Antrages an die Ausschüsse eintrat. Zucker sprach übrigens das Jungczechen detart zu Danke, daß diese ihm wiederholt demonstrativen Beifall spendeten und ihn am Schlusse lebhaft beglückwünschten. Im Allgemeinen stand die gestrige Erörterung eben so wenig im Verhältniß zur Tragweite einer Ministerrunkinge wie der dazu benutzte Anlaß. Die namentliche Abstimmung über den Antrag erfolgt am Donnerstag.

Aus Nah und Fern.

— Neues aus Frankreich. Zum Präsidenten des hier tagenden Kongresses der Augenärzte ist Sanitätsrath Dr. Wicherkiewicz aus Wien, Inhaber einer Augenklinik daselbst, gewählt worden. — In Montbrison herrscht eine große Panik unter der Bevölkerung, da man Nachrichte seitens der Anarchisten bei der Ankunft Ravachols fürchtet. — Eine Depesche des Gouverneurs von Cayenne besagt, daß der in Paris verhaftete Anarchist Pini sich noch augenblicklich in Cayenne befinde, wo er wegen Fluchtversuchs gefangen gehalten werde. — Die Nachforschungen nach dem Urheber des Attentats im Restaurant Véry sind bisher ergebnislos verlaufen. — Ravachol ist noch immer nicht aus der Conciergerie fortgebracht worden. Die öffentliche Meinung beginnt sich hierüber zu beunruhigen. Alle Geschworenen, die im Prozeß zu Montbrison gegen Ravachol fungiren sollen, haben Drohbriefe erhalten, wonach einzelne von ihnen sich krank melbeten. (??) — Die Anarchisten beabsichtigen, das Restaurant Véry zu miethen und dort eine Anarchistenpension anzulegen. (Die Geschichte wird ja nachgerade die reine Farce; man darf in Wahrheit neugierig sein, wie die Geschichte endigen.) — In Toulon wurden bei einem Anarchisten, ehemaligen Zuavenkapitän, 2 Manuskripte, eine anarchistische Gedichtsammlung mit dem Titel „der Rekrut" und „Soldatenlieder" beschlagnahmt. Dieselben sind druckreif und sollten in Kasernen vertheilt werden.

— Zum Besuch des Zaren in Berlin. Für die demnächstige Ankunft des russischen Kaiserpaares werden in Potsdam große Vorbereitungen getroffen. Der Empfang soll ganz besonders festlich sein.

— Großes Schadenfeuer. Die große Federfabrik von Strauß in Kanstadt ist heute Nacht abgebrannt. Der Brand brach um ½6 Uhr aus und griff so rasch um sich, daß sich die in den oberen Räumen beschäftigten Arbeiterinnen durch Herabspringen aus den Fenstern des dritten Stockes retten mußten, wobei zahlreiche Verletzungen vorkamen. Ob Menschen umgekommen sind, ist ungewiß. Man befürchtet indeß, daß mehrere Arbeiterinnen erstickt sind.

— Die Dynamit-Attentate in Lüttich. Wie verlautet, sind nunmehr die Urheber der letzten Dynamit-Attentate ermittelt und zur Haft gebracht worden. Zu den Verhafteten gehört ein gewisser Beaujean. Bei denselben wurden eine Bombe sowie einige Dynamitpatronen vorgefunden, deren Papiermuhhüllung genau derjenigen glich, in welche die bei der Explosion am Boulevard Sauvenière auf einem Fensterbrette gefundene Patrone gehüllt war. Ferner wurde ein gewisser Stoumont verhaftet, bei welchem man ebenfalls Dynamitpatronen in einem Blumentopf versteckt vorfand. Beaujean ist bereits gerichtlich vernommen worden und hat gutem Vernehmen nach ein volles Geständniß abgelegt, auch seine Mithelfer angegeben. Die Verhaftung der letzteren ist angeordnet.

— Zur Dynamit-Affaire in Kalifornien meldet man jetzt folgende Details: In Los Angelos bemerkte ein Wächter bei Tagesanbruch in der im spanischen Viertel belegenen Hochstraße zwei Männer, welche, in Mäntel eingehüllt, einen Gegenstand durch ein offenes Fenster in ein Haus warfen. Dieselben entfernten sich dann schnell. Vier Minuten später erschütterte eine Explosion das ganze Häuserquadrat. Die schlafenden Bewohner des Hauses, in welchem die Explosion erfolgte, wurden aus ihren Betten geschleudert und einige derselben gefährlich verwundet. Das Zimmer, in dem die Bombe platzte, wurde zerstört, die Vorderseite der Mauer auf die Straße geschleudert. Die Polizei entdeckte später die Ueberbleibsel einer Dynamitbombe. Der Beweggrund zu dieser Frevelthat ist gänzlich in Dunkel gehüllt.

— Hochwasser in Böhmen. Der Umschlagplatz der böhmischen Nordbahn in Tetschen ist durch Elbhochwasser überfluthet; infolgedessen mußte der Verkehr theilweise eingestellt werden.

— Die Anarchisten Mowbray und Nicoll, welche im „Commonweal" Mord und Todschlag gepredigt, werden nächsten Freitag vor dem Kriminal-Gerichtshof „Old Bailey" abgeurtheilt werden.

— Pocken in München. Die Polizeidirektion von München giebt bekannt, daß vor drei Wochen aus Bukarest die Pocken dort eingeschleppt worden seien; drei Fälle seien angezeigt, zwei aber verheimlicht und dadurch zwei Todesfälle verursacht worden, drei weitere Erkrankungen sind gemeldet. Die Personen, welche die Anzeigeerstattung versäumt haben, sind bestraft worden.

— Zum Befinden des Königs Otto von Bayern. Nach Mittheilung von autoritativer Seite ist in dem Befinden des Königs Otto seit Jahren keine nennenswerthe Aenderung eingetreten. Eine solche wäre bei ihrem Eintritt sofort gemeldet worden.

— Endlich erwischt! Der bekannte, wegen großer Wechselschulden nach Amerika geflüchtete ehemalige Trainlieutenant Krapf wurde in Ludwigsburg eingeliefert.

Aus unserer Reichshauptstadt.

— Raubmord. Schon wieder ist im Bezirke unserer Reichshauptstadt eine schreckliche Bluthat zu verzeichnen. Man telegraphirt uns über dieselbe vom gestrigen Mittwoch (Abends) das Folgende: „Heute Nachmittag wurde die Postschaffnerfrau Manzal in der Gartenstraße 53 ermordet aufgefunden. Der Kopf war mit einem Feuerhaken eingeschlagen. Die Leiche war vollständig bekleidet und lag auf dem Bett. Es liegt wahrscheinlich ein Raubmord vor." Ein anderer uns aus Berlin durch Fernsprechmeldung in heutiger Frühstunde zugehender Bericht weiß von noch grauenvollen That noch folgendes zu erzählen: Seit gestern Nachmittag herrscht ein fürchterlicher Raubmord die Bewohner Berlins. Die 44jährige Postschaffnersfrau Lina Manzal ist in ihrer Wohnung, Gartenstraße 53, ermordet aufgefunden worden. Es ist noch fraglich, ob ein Raubmord vorliegt. Das baare Geld und die Sparkassenbücher scheinen allerdings geraubt zu sein, die anfangs vermißten Schmucksachen aber sind wieder aufgefunden worden. Die Polizei ist eifrig beschäftigt, die Thäter aufzufinden.

— Ein Zigeuner-Begräbniß. Ein eigenthümlicher Leichenzug bewegte sich gestern Nachmittag durch die Straßen von Weißensee. Der am Sonnabend verstorbene achtzehnjährige Sohn des bekannten Zigeunerhauptmanns und Pferdehändlers Petermann wurde unter großem Gedränge zur letzten Ruhestätte auf dem katholischen Kirchhofe geleitet. Den Leichenkondukt eröffnete ein Musikkorps, welchem der Leichenwagen mit dem prächtigen Sarge folgte. Zu beiden Seiten desselben ritten Zigeuner, hinter dem Sarge folgten sechs Zigeuner unbedeckten Hauptes, hierauf das übrige Trauergefolge, sämmtlich Zigeuner. Männer, Frauen und Kinder in ihren phantastischen Nationalkostümen, theils zu Pferde, theils zu Fuß. Den Schluß bildeten die von Klageweibern umgebenen Eltern des Todten.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Nachdruck unserer Original-Correspondenzen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet.

⁂ **Osmünde**, 4. Mai. (Kirchliches.) Nachdem am 26. April d. J. der neue Seelsorger unserer Kirchengemeinde, Pastor Deutloff aus Vobles bei Lützen nach Osmünde übergesiedelt und ihm ein würdiger und feierlicher Empfang durch die Kirchengemeinde-Vertretung und durch die Schulen unseres Kirchspieles, in Osmünde und Gröbers bereitet worden war, fand am Sonntage, den 1. Mai d. J. die Einführung desselben in sein Amt durch den Superintendenten Fabricius aus Weißenburg bei einem zahlreichen Kirchenbesuche statt. — Es sei hierbei noch bemerkt, daß dem Vicar Hubotter aus Emden bei Magdeburg, welcher bisher das Amt des Geistlichen hier vertrat und welcher sich die Achtung und Anhänglichkeit der ganzen Kirchengemeinde in hervorragender Weise erworben hatte, ein sehr werthvolles Geschenk als Andenken an seine hiesige Thätigkeit bei seinem Abschiede überreicht worden ist.

⁂ **Weißenfels**, 5. Mai. (Kreissparkasse.) Ein verhältnißmäßig günstiges Zeichen sind die durchweg befriedigenden Abschlüsse, welche unsere öffentlichen Sparkassen aufzuweisen haben. Unsere Kreissparkasse weist ein Aktivvermögen von 6 332 078 ℳ auf. Beachtenswerth erscheint auch die durch den niedrigen Zinsfuß erklärliche Thatsache, daß nur rund 1 400 000 Mark in Staatspapieren, dagegen 3¾ Millionen ℳ in Hypotheken auf Grundstücke angelegt sind. Dem Aktivvermögen stehen Einlagen in der Gesammthöhe von 5 808 471 ℳ gegenüber. Erfreulich nun ist, daß im abgelaufenen Rechnungsjahre 300 000 ℳ mehr eingelegt als abgehoben sind. 1428 Einlagebücher wurden in dem gleichen Zeitraume neu ausgegeben. Dagegen nur 959 zurückgezogen. Im ganzen waren 14 727 Einlagebücher im Umlauf, davon über 6000 mit Einlagen bis zu 60 ℳ. Also aus den Schichten der sog. kleinen Leute ist erfreulicher Weise der Trieb zur Sparsamkeit noch lange nicht verschwunden.

✉ **Gotha**, 4. Mai. (Zur goldenen Hochzeit des Herzogspaares.) An den Ausschuß zur Darbringung eines goldenen Kreuzes und Straußes kam vom Herzogspaare aus Nizza folgendes Telegramm: „Mit liebevollem Herzen traten wir, geschmückt mit Ihren sinnigen und kostbaren Gaben, vor den Altar, indem wir aller Derer, die uns liebevoll bedachten, dankbarst gedenken. Ernst und Alexandrine."

+* **Gerstungen**, 4. Mai. (Eisenbahnfragen. — Unglücksfall.) Von den verschiedenen Eisenbahnvorhaben in und um Thüringen nimmt neuestens die geplante Linie Schlitz-Hünfeld-Geisa-Wasa-Gerstungen ein erhöhtes Interesse in Anspruch, weil, wie die „Magdeb. Ztg." erfährt, kurz nach dem Besuche des Kaisers beim Grafen Görtz in Schlitz drei Beamte der Eisenbahndirection zu Frankfurt a. Main die bezeichnete Strecke besichtigten. Wie man hört, hat Graf Görtz dem Kaiser über diese Eisenbahnfrage Mittheilung gemacht. Nicht zu verkennen ist, daß die Linie Hünfeld—Gerstungen eine Verkürzung der Verbindung Frankfurt a/M.—Berlin herbeiführen würde. Ferner wird hierdurch ein anderes Vorhaben Bernshausen-Dermbach-Hünfeld in seiner Berechtigung näher gerückt. In Schmalkalden hat am Sonnabend der neunzehnjährige Instructionsbrenner Bernhard Nicola aus Jena bei Ausführung der Besichtigung einer Kalkofeneinrichtung dadurch sein Leben eingebüßt, daß er beim Versuchsbrennen dem Rande der Ofenöffnung zu nahe gekommen, von den Gasen betäubt, in den Ofen gestürzt und alsbald erstickt ist.

— **Aschersleben**, 4. Mai. (Schulnachrichten.) Die im Jahre 1884 in der Johannisvorstadt, dem Stadttheil hinter der Eisenbahn, der sich in wenigen Jahren ganz bedeutend ausgedehnt hat, mit sechs Klassen eröffnete Johannisschule hat eine solche Vergrößerung erfahren, daß die vorhandenen 12 Klassenräume nicht mehr ausreichten. Im vorigen Jahre wurde die 13. und in diesem die 14. Klasse errichtet. Es mußte daher, sobald es die Witterung gestattete, im Februar zur Erbauung eines provisorischen Schulgebäudes nach dem neuerdings bei Barackenbauten angewendeten System geschritten werden. Das Gebäude enthält 4 Klassenräume und wurde vorgestern eingeweiht und bezogen. Die von Dr. Hilpert aus Hannover hierselbst errichtete Postfachschule ist vorgestern früh im Gebäude des Eichamtes auf dem „Zie" ebenfalls eröffnet.

∞ **Magdeburg**, 4. Mai. (Schwurgericht.) Der Friseur Leopold Lüttge von hier betrieb vom 1. Juli 1890 ab in dem Grundstück Tischlerstraße 8 ein Barbier- und Friseurgeschäft, wozu er daselbst einen Laden zum jährlichen Miethspreise von 2000 ℳ gemiethet hatte. Das Geschäft ging jedoch so flau, daß er den vereinbarten Zins nur sehr theilweise zahlen konnte. Am 26. April 1891 machte er mit seiner Frau eine vierzigige Reise; während dieser Zeit brach in seinem Laden ein Feuer aus, das den letzteren zwar größtentheils vernichtete, glücklicherweise aber ohne Gefahr für das Hausgrundstück verlief. Polizeilich vernommen, wußte Leopold Lüttge keine stichhaltige Erklärung für die Entstehung des Feuers anzugeben; die Polizei hatte jedoch sehr bald Ursache, anzunehmen, daß derselbe durch seinen Bruder Theodor L. zu vorsätzlicher Brandstiftung verführt worden sei. In der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung bestritten beide Angeklagte jede Schuld, wurden von derselben jedoch durch aufgefundene Briefe und die Zeugenaussagen der Frau Leopold Lüttge vollständig ihres ruchlosen Unterfangens überführt und Leopold Lüttge zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Theodor Lüttge zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — In der heutigen Sitzung wurde die ehebrecherische Arbeiterin Marie Huch zu Barby wegen wissentlichen Meineids in 3 Fällen mit einer Strafe von 4 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit als Zeuge oder Sachverständiger vor Gericht eidlich vernommen zu werden belegt.

—rs **Gera**, 4. Mai. (Ueber die Geschäftslage unserer Textil-Industrie) schreibt das hiesige „Tageblatt": „In Kleiderstoffen sind hiesige Fabrikanten wiederhin gut beschäftigt; Jacquards wurden auch jetzt wieder am meisten gekauft. Es gewinnt überhaupt den Anschein, als ob die Jacquard-Kleiderstoffe als Spezialität berufen seien, die glatten Waaren ganz zu verdrängen. Die Nachfrage nach Stapelartikeln hat sich im vorigen Monat nicht gebessert und ist nach wie vor äußerst gering. In den Fabriken, in welchen Cotting-Herrenstoffe als Specialität hergestellt werden, sind augenblicklich nur sehr wenig Stühle auf diese Artikel im Betrieb. Man hofft, daß nach Fertigstellung der neuen Mustercollectionen die wieder großartige Neuheiten enthalten, das Geschäft sich neu beleben wird. Gegen Ende des vorigen Monats konnte man bereits den Anfang einer Neubelebung wahrnehmen. In Greiz sind verschiedene Fabriken mit Aufträgen für Amerika beschäftigt. Dort wie in Glauchau und Meerane scheint das Geschäft wieder einer wesentlichen Besserung entgegenzugehen".

— **Dresden**, 4. Mai. (Des Königs Dank Betrüger. — Vertrauliche Brustfistulung. Vom Ministerium des königlichen Hauses wird das Nachstehende zur Veröffentlichung gebracht: „Seiner Majestät dem Könige sind aus Anlaß des Allerhöchsten Geburtsfestes aus allen Theilen des Landes von Behörden, Corporationen, Vereinen, Festversammlungen und von Einzelnen der Bevölkerung in Adressen, Telegrammen und Zuschriften Glück- und Segenswünsche in überaus reichem Maße zugegangen. Seine Majestät sind von dem Beweise allgemeiner Theilnahme und treuer Anhänglichkeit tiefgerührt und aufs Freudigste bewegt, und haben das Ministerium des königlichen Hauses beauftragt, allen Glückwünschenden Allerhöchstihren herzlichsten Dank hierdurch auszudrücken." — Wegen Beseitigung eines Testamentes ist gestern ein hiesiger Amtsrichter verhaftet worden. — Gleichzeitig wurde der binnen Kurzem zum zweiten Male wiederholte Versuch, das alte Amtsgericht auf der Landhausstraße in Brand zu stecken, rechtzeitig entdeckt und so unabsehbarer Schaden abgewendet.

Industrie, Handel und Finanzen.

— Braunkohlenabbau-Gesellschaft „Germania" Altenburg. Die Abschreibungen wurden im Abschlusse für das Jahr 1891 auf 77 528,60 ℳ bemessen. Es verblieb ein Gewinn von 37 651,03 ℳ, welcher nach Beschluß der General-Versammlung wie folgt vertheilt wird: Dotirung des Reservefonds mit 1754 ℳ, 2½ % Div. Dividende gleich 32 125 ℳ, Gratifikation an Beamte 1500 ℳ, Saldo 2275,03 ℳ.

— Deutsche Militärdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover. Im Monat April waren zu erledigen 1821 Anträge über 2 103 000 ℳ. Das Vermögen erhöhte sich von 39 258 000 ℳ auf 40 090 000 ℳ.

— In Ostpreußen erregt die Zahlungseinstellung der Manufakturwaaren-Firma Bülcher u. Osterhage in Braunsberg Aufsehen. Die Firma wurde, wie „der Confectionär" mittheilt, unter dem besonderen Schutz der katholischen Geistlichkeit gegründet. Der Mitinhaber der Firma Osterhage ist verschwunden.

— Die Verwaltung der Weimar-Geraer Eisenbahn beantragt neuerdings, unter Zurückstellung ihres alten Planes, gegen Einlieferung von 600 ℳ Stammaktien und 600 ℳ Vorzugsaktien letztere als Einheitsaktien in Umlauf zu setzen, erstere zu vernichten.

— Aus dem uns vorliegenden 1891er Geschäftsbericht der Marienburg-Mlawaer Eisenbahn heben wir zunächst nachstehende Zahlen hervor: Einnahmen aus dem Personenverkehr 260 670 ℳ (1890 259 233 ℳ), aus Frachten 1 547 223 ℳ (1 266 971 ℳ), aus Diversen 455 849 ℳ (395 289 ℳ), zusammen 2 261 744 ℳ (1 921 491 ℳ); dazu Vortrag 35 496 ℳ. Dagegen erfordern Betriebsausgaben 1 061 375 ℳ (1890 827 133 Mark) = 46,93 % (43,05 %) der Betriebseinnahmen. Sodann werden verwendet für: Erneuerungsfonds I. 150 481 ℳ (174 777 Mark), desgl. II. 70 000 ℳ (29 000 ℳ), Reservefonds I 25 680 ℳ (25 680 ℳ), desgl. II. 43 930 ℳ (44 550 ℳ), 5 % Stammprioritäten-Dividende 642 000 ℳ (wie 1890), 1½ % Actien-Dividende 192 600 ℳ (1 % 128 400 ℳ), Gewinnantheile 16 766 ℳ (7704 ℳ), Eisenbahnsteuer 21 400 ℳ (19 754 ℳ), so daß 37 511 ℳ (35 496 ℳ) Vortrag bleiben.

— Prag, 4. Mai. Aus London meldet der „Prager Zuckermarkt" das Fallument der dortigen Zuckerfirma Schwartz Brothers in Folge mißglückter Zuckerspekulationen. Die Differenzen sind jedoch bloß 9000 £. Der Zuckermarkt war flau; für zweite Maihälfte wurde 16,15 fl. bezahlt.

Neueste Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 5. Mai. (Fernsprechnachricht der Hall. Ztg., Offiziös wird versichert, daß die neuerdings in parlamentarischen Kreisen auftretenden Gerüchte bezüglich des Rücktritts des Reichskanzlers von Caprivi und Ersatz durch den Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg gänzlich unbegründet sind.

Wien. Nach der „Jurisdenztg." soll die Herstellung und der Vertrieb aller Sprengmittel verstaatlicht werden. — Vor den hiesigen Kasernen wurden massenhaft sozialistische Flugblätter ausländischer Herkunft aufgefunden. Die Flugschriften sind direkt an den Wehrstand gerichtet; ihr Inhalt ist selbst andeutungsweise nicht wiederzugeben.

Hamburg, 4. Mai. Gestern und heute haben in Altona und Hamburg zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern einer großen Diebes- und Hehlerbande stattgefunden. Hauptschuldig sind ein Fuhrmann Aßmussen und dessen Sohn in Ottensen. Seit langer Zeit haben dieselben auf Schiffen Kaffee und Getreide gestohlen. Massenhafte, zahlreiche Vorräthe sind aufgefunden.

Schleswig, 4. Mai. Das Segelschiff „Affinikas", Kapitän Graat-Anis, gilt als verschollen; muthmaßlich ist es mit der Besatzung untergegangen.

Sagan, 4. Mai. 300 Arbeiter der Müller'schen Flachsgarn-Spinnerei zu Christianstadt haben wegen verkürzter Arbeitszeit und Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt.

Bern, 4. Mai. Die konservativen Mitglieder des großen Raths des Kantons Waadt haben an die Regierung eine Interpellation gerichtet, in welcher sie Auskunft fordern, welche Schritte die Regierung für die Verwirklichung des Simplondurchstichs gethan habe.

Rom, 4. Mai. Wie man aus Monte-Carlo meldet, wurde die Leitung der Spielhölle dieser Tage mit Drohbriefen überschwemmt; trotzdem betrugen die Einnahmen der Spielbank in dieser Saison zwei Millionen mehr als im Vorjahr.

Mailand, 4. Mai. Die am ersten Mai verhafteten sechs Personen wurden wegen Ungehorsams gegen die Polizei zu einem Monat bis sechs Monaten Haft verurtheilt. Siebzehn wurden sofort in Freiheit gesetzt, da sie eine zweitägige Haft bereits abgebüßt hatten, und fünf wurden völlig freigesprochen. Alle Verurtheilten legen Berufung ein.

Schiffsbewegungen.

— Bremen, 4. Mai. Der Dampfer „Berlin" ist heute auf der Heimreise nach Antwerpen in Lizsahn angekommen. — Der Dampfer „Mainz". Der Schnelldampfer „Trave" ist heute Vormittag Scilly passirt.

— London, 4. Mai. Der Uniondampfer „German" ist am Montag auf der Ausreise von Durban (Natal) abgegangen.

Börse der Stadt Halle a. S.

Halle a. S., den 5 Mai 1892.

(Preise mit Ausschluß der Maklergebühr per 1000 Ko. netto). **Weizen** ruhig 198—207, feinster mährischer über Notiz Naubweizen 194—200. **Roggen** ruhig 198—205. **Gerste** Braugerste 165—180 nominell, Futter- 140—155. **Hafer** ruhig ——— 149—154, neuer —.—. ——— **Mais** amerik. Mixed 120—125 Donaumais 140—150. **Raps** —.—. **Rübsen** —.—. Sommer Rübsen —.—. **Erbsen** Victoria- 195—212, **Wicken** —.— **Kümmel** excl. Sack per 100 Ko. netto 40—42. **Stärke** incl. Faß von 100 Kilo Inhalt per 100 Kilo netto — **Hall. prima Weizen** 42,50—43,50, abfallende Sorten billiger. **Maisstärke** incl. Sack für 100 kg brutto bei geringen Vorräthen 36,50—37,50. (Preise per 100 Kilo netto.)

Linsen 30—40. **Bohnen** 17,—19—. **Lupinen** —.—. **Kleesaaten**: Mohn, blau ohne Handel.

Futterartikel —. **Futtermehl** 15,———16,—. **Roggenkleie** 11,—12,———. Weizenschaalen 10,50———11,00 Weizengrieskleie 10,50—11,———. — **Malzkeime**, helle 12,00———13,00, dunkle 11,00-12,00. **Oelkuchen** 13,———14,—. **Malz** 28,50—30,00 Mark. **Rüböl** —.—. **Petroleum** 23,— Mark. **Solaröl** 0,825-30% — 16,00 Mk. **Spiritus** p. 10000 L. % fest. Kartoffelspiritus mit 50 Mk. Verbrauchsabgabe 62,00 Mark, mit 70 Mark Verbrauchsabgabe 42,50 B.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.

					Fall	Wuchs
Halle	4. Mai	+ 2,10	5. Mai	+ 2,22	—	0,12
Trotha	„ „	+ 2,50	„ „	+ 2,78	—	0,28
Straußfurt	„ „	+ 1,50	„ „	+ 1,25	0,05	—
Aisleben	3. Mai	+ 1,76	4. Mai	+ 1,98	—	0,22

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920505 1-13/fragment/page=0003

Elbe.

Aussig	3. Mai	+ 2,05	4. Mai	+ 2,18	— 1,13
Dresden	„	— 0,38	„	+ 0,37	— 0,75
Wittenberg	„	+ 2,04	„	+ 2,20	— 0,16
Magdeburg	„	+ 1,52	„	+ 1,18	0,06
Barby	„	+ 1,90	„	+ 1,82	— 0,12
Wittenberge	„	+ 1,97	„	+ 1,97	0,01

Kirchliche Anzeigen.

In Glaucha: Freitag d. 6. Mai Abends 8 Uhr Missionsstunde, Pfarrer Knuth.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

Berlin, 4. Mai. Weizen mit Anschluß von Hauptweizen per 1000 Kilogr. loco fest, bessere Qualitäten mehr beachtet, Termine fest, geschäftlos 9-0 Tonnen, Kündigungspreis 195,5 Mk. bez., 193—197 Mk. nach Qualität, Lieferungsqualität 191 Mk. bez., per diesem Monat 189,8—189,75 Mk. bez., Durchschnittspreis — Mk., per Mai-Juni 187,6—187,75 Mk. bez., per Juni-Juli 186,75—186,75 Mk. bez., per Juli-August 182,9—183 182,75—182,75 Mk. bez., per September-Oktober 180,6 Mk. bez.

Roggen per 1000 Kilogr. loco feines Geschäft, Termine höher, geschäftlos 450 Tonnen, Kündigungspreis 155 Mk. bez., loco 180—199 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 194 Mk., anländ. 192 Mk. bez., diesen Monat 193,5—193,75—193—193,25 Mk. bez., per 27. v. M. 189,5 Mk. taxt., per diesem Monat 193,5—193,75—193—193,25 Mk. bez., Durchschnittspreis — Mk. bez., per Mai-Juni 184,75—186—185 Mk. bez., per Juni-Juli 178,5—179,75—179 Mk. bez., per Juli-August 168,5—169,75—169 Mk. bez., per August-September — Mk. bez., per September-Oktober — Mk. bez.

Gerste per 1000 Kilogr. loco feine, große und kleine 140—150 Mk. bez., Futtergerste 140—145 Mk. nach Qualität bez.

Hafer per 1000 Kilogr. loco und Termine wenig verändert, geschäftlos 250 Tonnen, Kündigungspreis 145 Mk. bez., loco 145—172 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 147 Mk. bez., pommerscher mittel bis guter 150—162 Mk. bez., feiner 163—168 Mk. bez., schlesischer und böhmischer mittel bis guter 150—161, feiner 163—167 Mk. ab Bahn, diesen bez. per Mai-Juni 144,25—144,75 Mk. bez., per diesen Monat und per Mai-Juni 144,25—144,75—144,25 Mk. bez., per Juni-Juli 144,7—145—144,5 Mk. bez., per Juli 145—145,25—145 Mk. bez., per Juli-August 142—142,5—142 Mk. bez.

Magdeburg, 4. Mai. (Gebr. Friedeberg.) Weizen fremdländ. 184—206 Mk., landweizen inländ. 200—206 Mk., Weißweizen 19.—.—.—